

**Landesversammlung
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen**
8.-10. März 2013, Chemnitz, Mensa der TU Chemnitz



Gegenstand:

Schuldenbremse jetzt verankern.
Verfassungsmodernisierung weiter vorantreiben

Antragsteller:

Gerhard Liebscher (KV Vogtland)

Bemerkungen:

Unterstützt durch den Kreisvorstand des KV Vogtland

Abstimmung:

Stimmen abgegeben: _____
Gültig: _____
Ja: _____ Nein: _____ Enth: _____
Zurückgezogen:
Modifizierte Übernahme:

Änderungsantrag

SB-1-021

- 1 Einfügen in Zeile 21:
- 2 "Wir danken der Landtagsfraktion für ihre sorgfältige und umfängliche Arbeit sowie das ernsthaft-
- 3 te Bemühen um eine bessere und nachhaltige Finanzpolitik im Freistaat. Dass trotzdem nur der
- 4 kleinste, gemeinsame Nenner zwischen den fünf Parteien in der Finanzverfassung zu erreichen
- 5 war, liegt nicht an der Fraktion. Genauso wenig kann man ihr vorwerfen, sich an einer Scheinde-
- 6 batte beteiligt zu haben, denn es gibt echte Fortschritte bei der Konjunkturatmung, den Neben-
- 7 haushalten und der Sicherung der kommunalen Finanzausstattung.
- 8 Trotzdem ist das Ergebnis zwischen den Parteien für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr unbefriedi-
- 9 gend, weil es nur auf einem Bein steht. Der finanzpolitischen Nachhaltigkeit in Form einer atmen-
- 10 den Schuldenbremse haben sich laut dem Bericht der Fraktionsvorsitzenden von den anderen vier
- 11 Parteien zwei klar angeschlossen. Mit der SPD hatten wir eine gemeinsame Verhandlungsposition
- 12 und die CDU ihren Fraktionsbeschluss. Auch wenn DIE LINKE und die FDP eine atmende und
- 13 damit ausgewogene Schuldenbremse nicht akzeptieren konnten, konnten sie sie dennoch nicht
- 14 verhindern. Das zweite Bein, auf dem diese Verfassungsänderung hätte unserer Meinung nach
- 15 stehen müssen, ist die demokratische Nachhaltigkeit, die sich auch in unseren finanzpolitischen
- 16 Forderungen nach mehr Transparenz im Haushalt ausdrückte, aber vor allem natürlich in der Frage
- 17 der Bürgerbeteiligung. Auf eine Absenkung der Quoren bei Volksbegehren in dieser Verfassungs-
- 18 änderung zu verzichten, halten wir für einen großen politischen Fehler. Dieser Einschätzung wollte

19 sich aber die große Mehrheit der verhandelnden Parteien nicht anschließen. Mehr war für uns also
20 offenbar nicht herauszuholen."

21

22 Begründung:

23 Wir können unsere Verärgerung über das schmale Ergebnis der Verhandlungen nicht bei der Frak-
24 tion abladen. Die Fraktion hat sich inhaltlich intensiv mit den Verhandlungen befasst, wie wieder-
25 holt im Landesparteirat berichtet wurde. Wichtiger ist es, dass wir klar benennen, wie die Umstän-
26 de waren, in die wir die Fraktion vor einem Jahr mit unserem umfänglichen Verhandlungsauftrag
27 geschickt haben und warum das Ergebnis so schmal ausgefallen ist.